

135 Millionen Mark erhalten.) Die Liquidatoren taktieren schon deshalb sehr vorsichtig, weil sie nicht wissen, wie der Musterprozeß ausgeht, den der inzwischen ausgewanderte ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Norbert Wollheim, im Namen der früheren Konzentrationslagerhäftlinge von Auschwitz gegen die „IG Farbenindustrie AG in Liquidation“ angestrengt hat.

Inzwischen sind beim Liquidationsausschuß bereits über 2300 Einzelforderungen eingegangen. Die früheren Häftlinge fordern eine angemessene Entschädigung für die im ehemaligen IG Farbenwerk Auschwitz geleistete Zwangsarbeit. „Wenn sich noch mehr Entschädigungs-Anwärter melden, können die Aktionäre ihre Hoffnungen auf weitere Ausschüttungen aus dem Liquidationsrest in den Rauch schreiben“, sagt man heute beim Liquidationsausschuß.

Die Aktionäre erwarten mit Spannung die erste Nachkriegs-Hauptversammlung der „IG Farbenindustrie AG in Liquidation“ (also des jetzt aus der alliierten Kontrolle entlassenen Torsos), die demnächst stattfinden soll. Dann müssen sich die Liquidatoren auch über das heiße Thema Liquidations-Anteilscheine äußern. Farben-Aktionär zu sein ist heute spannender denn je. Seit Monaten gehören die Aktien der IG-Nachfolge-Gesellschaften zu den Spitzenreitern an den westdeutschen Börsen. Nach der Gründung der Nachfolge-Gesellschaften bekam jeder Altaktionär für je 1000 Reichsmark alter Aktien 250 Mark neue Aktien der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG, 285 Mark Aktien der Farbenfabriken Bayer AG, 210 Mark Aktien der Farbwerke Hoechst und 25 Mark Aktien der Cassella Farbwerke. Außerdem erhielt jeder Aktionär einen sogenannten Liquidations-Anteilschein, der mit Ratenkupons versehen ist und das Restvermögen der „IG Farbenindustrie AG in Liquidation“ repräsentiert.

#### Sturm auf Cassella-Aktien

Wieviel dieses Papier eines Tages wert sein wird, hängt nicht zuletzt von der Möglichkeit ab, das ehemals sehr umfangreiche Auslandsvermögen der IG Farben zu aktivieren. Teile dieses Vermögens wurden in Amerika beschlagnahmt. Zur Zeit verhandelt der Präsident der bundesdeutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau, Hermann J. Abs, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender bei der IG-Nachfolge-Gesellschaft Badische Anilin- & Soda-Fabrik ist, wegen der Freigabe des noch beschlagnahmten westdeutschen Vermögens in Washington.

Während die IG-Liquidatoren noch über die Probleme der Schlußauflösung brüten, machen sich an den westdeutschen Börsen bereits die ersten spekulativen Anzeichen einer neuen Rekonstruktion bemerkbar. Die Börsen registrierten in den vergangenen Wochen ausgerechnet für die Aktien der kleinsten IG Farben-Nachfolge-Gesellschaft, der Cassella Farbwerke in Frankfurt-Fechenheim, den höchsten Tageskurs von 500 Prozent des Nominalwertes. Börsenspezialisten glauben hinter den forsch bietenden Cassella-Aktien-Käufern die starke Hand der größeren IG-Nachfolge-Gesellschaften zu spüren. Da die Cassella-Werke nur mit 34,1 Millionen Mark Namensaktien ausgestattet worden sind, wäre es ein leichter Coup, durch massierte Aktienaufkäufe die Mehrheitsbeteiligung bei dieser Gesellschaft zu erlangen. Cassella-Generaldirektor Professor Dr. Zerweck ist aber gar nicht daran interessiert, durch Aktien-Manipulationen unter die Fuchtel einer größeren Gesellschaft zu kommen.

Aber auch unabhängig davon besteht — nach der Verkündung des IG-Liquidations-Schlußgesetzes — die Möglichkeit,

daß sich die ehemaligen IG Farben-Bestandteile in Westdeutschland sehr bald neu zusammenschließen. Bundeskanzler Adenauer hat dem amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy am 24. Mai 1952 allerdings schriftlich garantieren müssen, daß eine Rekonzentration der ehemaligen IG Farben-Betriebe — wenn überhaupt — auf keinen Fall vor dem 31. Dezember 1955 erfolgen werde.

Das neue Gesetz ebnet den Spitzenkräften der alten IG, die bisher abseits bleiben mußten, wieder den Weg zu den Kommandohöhen. Bisher galt für die in Nürnberg verurteilten IG Farben-Direktoren die Sperrklausel des jetzt aufgehobenen Alliierten Gesetzes Nr. 35: „Niemand, der als Kriegsverbrecher verurteilt worden ist oder von dem festgestellt worden ist, daß er als Schuldiger erster oder zweiter Kategorie an den Angriffsplänen der Nationalsozialistischen Partei beteiligt

Besitzer-Relikt kann beseitigt werden, wenn die Aktionäre in der nächsten Hauptversammlung mit Zweidrittelmehrheit die Aufhebung dieses Paragraphen beschließen.

Immerhin haben die Alliierten durch Demontage, zeitweilige Produktionsbeschränkungen und die Beschlagnahme der IG-Patente erreicht, daß die deutsche chemische Industrie in der Weltrangliste vom zweiten auf den vierten Platz zurückgefallen ist. Die westdeutsche chemische Industrie partizipiert — trotz eines Jahresumsatzes von 12,5 Milliarden Mark im vergangenen Jahr — nur noch mit sechs Prozent an der Welt-Chemieproduktion (1938: 14,4 Prozent). Die amerikanischen Großkonzerne haben dagegen inzwischen ihren Absatz derart gesteigert, daß im vergangenen Jahr 41 Prozent aller chemischen Produkte der Welt aus amerikanischen Fabriken stammten.



Wirtschaftsberater Otterbach: Lastenausgleich-Geld verschwand

war, darf... an der Kontrolle oder Leitung einer auf Grund dieses Gesetzes errichteten oder weiterbestehenden Gesellschaft teilnehmen.“

Wegen dieser Berufsbeschränkung konnten prominente Fachleute wie Fritz ter Meer, der zu den sogenannten Gründerfamilien gehört und früher im Vorstand saß, bisher keine Vorstands- oder Aufsichtsratsposten mehr bekleiden. Ter Meer schrieb inzwischen — ähnlich wie sein amerikanischer Gegenspieler Sasuly — Memoiren über das versunkene IG Farben-Imperium. Andere Experten, wie der ehemalige Finanzdirektor Max Ilgner, dem die Amerikaner Spionage vorwarfen, satelten auf andere Geschäfte um. Ilgner betätigte sich u. a. als Planer der größten westdeutschen Flüchtlingssiedlung Espelkamp bei Herford. Nach Verkündung des Liquidations-Schlußgesetzes steht den so lange privatisierenden Experten der Weg in die Vorstands- und Aufsichtsratsposten wieder offen.

Die Alliierten haben sich allerdings eine Vorbehaltsklausel ausbedungen, die in die Satzung jeder Nachfolge-Gesellschaft aufgenommen werden mußte: Kein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied einer Nachfolge-Gesellschaft darf gleichzeitig ähnliche Posten bei einem anderen IG-Nachfolger bekleiden. Das Verbot der Personalunion soll den Zusammenschluß der alten IG-Teile erschweren. Aber auch dieses

#### AUFBAU-DARLEHEN

#### Kraftakt mit Flüchtlingen

Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse dazwischengekommen wären, könnte Düsseldorfs voluminösester Mann, Diplom-Kaufmann Dr. Heinrich Otterbach, 43, jetzt sein stattliches Körpergewicht von 335 Pfund hinter die Steuersäule eines fabrikneuen Mercedes 220 zwängen und weich gefedert weiterhin einträglichen Geschäften nachjagen. Die Mercedes-Bestellung wurde aber durch höhere Gewalt hinaufgeführt. Der Diplom-Kaufmann mußte seine Wirtschaftsberater-Praxis in Düsseldorf mit dem Untersuchungsgefängnis in Kamen vertauschen.

Noch knobeln Staatsanwalt und Kriminalpolizei an der Frage: Wie ist diesem schwergewichtigen Mann der Kraftakt gelungen, fast eine dreiviertel Million Mark öffentlicher Gelder für eine ganz besondere Art der Wirtschaftsfinanzierung aus den Kassen des Landesfinanzministeriums in Düsseldorf zu ziehen? Es waren Gelder des Lastenausgleichsfonds, mit denen der Wirtschaftsberater notleidende Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auf eine bis dahin recht ungewöhnliche Methode sanieren wollte.

1949 hatte der inzwischen ebenfalls verhaftete Dr. med. Theodor Rodehüser, 37,

seine Arztpraxis in dem Bergarbeiterdorf Heeßen bei Hamm plötzlich aufgegeben. Der Landarzt beschäftigte sich lieber mit Feinmechanik und Optik. Nachdem ihm ein Fachmann das Modell einer neuen Photokamera überlassen hatte, baute Rodehüser in seiner dörflichen Wohnung Photoapparate.

Um aus der Enge der Bastelstube herauszukommen, wandte er sich an die Stadtverwaltung Bergkamen, die sich von dem Zuzug des Kamera-Fabrikanten offensichtlich einen großen Gewinn für die kleine Bergarbeiterstadt versprach. Dem Dr. Rodehüser wurde ein geeignetes Baugrundstück angewiesen, auf dem er mit großzügig bewilligten öffentlichen Mitteln eine „Fabrik“ errichten konnte. Es entstand eine Werkstätte, in der Rodehüser seine Produktion entfaltete. Er glaubte, echte Marktchancen zu haben.

Seine Spekulationen auf den westdeutschen Nachholbedarf entpuppten sich aber sehr bald als Fata Morgana, denn die alt eingeführten optischen Betriebe in der Bundesrepublik stellen jährlich etwa 2,5 Millionen Kameras her. Rodehüser's Geschäftsideen zerplatzten jäh. Am 2. November 1953 flüchtete er vor seinen Gläubigern nach Brasilien. Aber schon nach wenigen Monaten mußte er in die Bundesrepublik zurückkehren, nachdem sein brasilianisches Besuchsvisum abgelaufen war.

#### Der musikalische Buchhalter

Inzwischen hatte die Kriminalpolizei die Geschäftsräume des verschuldeten Unternehmens versiegelt. Da trat nun Rodehüser's ideenreicher Wirtschaftsberater Heinrich Otterbach in Aktion. Er charterte zehn Flüchtlinge, die nach dem Lastenausgleichsgesetz eine sogenannte Hauptentschädigung\* beanspruchen können. Wer hauptentschädigungsberechtigt ist, kann im Vorgriff auf die zu erwartende Entschädigungssumme ein Existenzaufbau-Darlehen beantragen. Er muß allerdings nachweisen, daß er sich mit Hilfe des Darlehens „eine gesicherte Lebensgrundlage“ schaffen kann und daß er für die „neue Lebensgrundlage“ die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllt.

Ungeachtet dieser Gesetzes-Klausel trommelte Otterbach die verschiedensten Berufsvertreter zusammen, darunter einen Fleischer und einen Uhrmacher aus Schlesien und einen ehemaligen Zeitungsverleger aus Wanzleben bei Magdeburg. Er ermunterte die Flüchtlinge, Existenzaufbau-Darlehen zu beantragen, um dann mit dem zu erwartenden Geld gemeinsam die Firma Rodehüser zu übernehmen, die in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt werden sollte.

Gleichzeitig offerierte Otterbach den zuständigen Sachbearbeitern des Landesausgleichsamts im nordrhein-westfälischen Finanzministerium seinen Plan: Es sei doch im volkswirtschaftlichen Interesse sehr zweckmäßig, die Einzel-Darlehen durch einen sogenannten Bündelungsvertrag zusammenzufassen und sie dann in einen Betrieb zu leiten, der den Darlehensempfängern eine neue Existenz bieten könne. Der Plan mit den Bündelungsverträgen wurde im Landesausgleichsamt auffallend wohlwollend aufgenommen, zumal Otterbach als versierter Wirtschaftskenner galt. Als später konkret die Rede davon war, daß Otterbach's Flüchtlings-Mandanten ausgerechnet in Rodehüser's versiegelter Photo-Kamera-Fabrik — gegen eine entsprechende Beteiligung — ihr Auskommen finden sollten, ließ das Amt es mit einem warnenden Hinweis bewenden und die Flüchtlinge im übrigen das Risiko selbst tragen.

\* Hauptentschädigung wird gewährt für Vertriebsgeschäden, Kriegssachschäden und verlorengegangenen Ostbesitz.

Lieber  
Leichter,  
Lieber  
Mercedes\*

10 Pf

\* Für frohe und beschwingte Stunden!

Noch bevor die Darlehensbeträge angewiesen waren, veranlaßte Otterbach die Flüchtlinge, Rodehüser's Gläubiger aufzusuchen, um ihnen den bevorstehenden Kreditsegen mitzuteilen. Die Gläubiger gewährten daraufhin Zahlungsaufschub. So konnte Otterbach erst einmal den drohenden Konkurs abwenden. Am 1. Februar 1954 fuhr er dann mit den Flüchtlingen nach Hagen zum Bankhaus Lunk & Co. (das schon manche Finanz-Transaktion mit Rodehüser abgewickelt hatte), um dort einen Notariatsvertrag über eine Auffang-Kommanditgesellschaft zu schließen. Die neue Kommanditgesellschaft „Feinmechanisch-optischer Gerätebau Schück & Co.“ war geboren und jeder der zehn Darlehens-Flüchtlinge Kommanditist geworden. Der ehemalige Firmenchef Dr. med. Rodehüser wurde ebenfalls als Kommanditist mit 5000 Mark Anteil in die neue Firma aufgenommen.

Zum ersten Geschäftsführer (mit Geschäftssitz in seinem Düsseldorf'schen Wirtschaftsberaterbüro) ernannte Otterbach sich selbst. Als zweiten Geschäftsführer und gleichzeitig als persönlich haftenden Gesellschafter setzte er den in kaufmänni-

schen Dingen am wenigsten versierten ehemaligen Dorfschlachtermeister Konrad Schück ein, der seinen Namen für die Firma hergab.

Schück hatte früher in seinem schlesischen Heimatdorf Schwarzatal bei Glogau Schweinernes und Rindfleisch sachkundig durch den Wolf gedreht. Als er sich nach dem Krieg in Gütersloh als Handelsvertreter betätigte, scheiterte er sehr bald. Er vergaß nach dem Inkasso mehrmals die Ablieferung des Geldes. Als seine Auftragsfirma schließlich über 4000 Mark vermißte, wurde er fristlos entlassen. Außerdem hatte die Firma durch Schück's Verschulden den Mercedes 170 V eingebüßt, mit dem sie den ehemaligen Dorfschlachter auf Handelsvertretertour geschickt hatte. Trotz dieser Berufsunfälle hatte Otterbach größtes Vertrauen zu Schück.

Nun mußten aber auch die übrigen Flüchtlings-Kommanditisten auf eine neue Lebensgrundlage gestellt werden, um dem Gesetzestext wenigstens in diesem Punkt zu genügen. Sie traten der Reihe nach als leitende Angestellte in die Firma ein, die ganze 25 Mechaniker beschäftigte. Da sich Otterbach selbst 1500 Mark Monatsgehalt bewilligte und Schück 1300 Mark zu-

erkannte, forderten auch die übrigen Kommanditisten angemessene Gehälter, Spesen und neue Autos. Dieser Aufwand paßte allerdings schlecht zu den schmalen Einnahmen der Kamera-Fabrik.

Ab Sommer 1954 überstiegen schon die Monatsgehälter die spärlichen Verkaufserlöse, so daß die Gehaltsschecks nicht mehr gedeckt waren. Der kaufmännische Leiter wäre beinahe in Bayern wegen Zechprellerei festgesetzt worden, da er seine Hotelrechnung nicht mehr bezahlen und die Geschäftsleitung in Bergkamen ihm kein Geld schicken konnte.

Trotz der bevorstehenden neuen Pleite setzte Wirtschaftsberater Otterbach mit seinem ganzen Schwergewicht im Landesausgleichsamt durch, daß noch einmal zwei weitere Flüchtlingskreditraten bei Schück & Co. eingebracht werden durften. Die letzte Quote wurde im September 1954 überwiesen, als der Absatz der Bergkamener Photoapparate schon völlig stagnierte. Da die meisten westdeutschen Photohändler die Kameras von Schück & Co. ablehnten, gründete Otterbach schließlich eine Gesellschaft für den Direktvertrieb.

In dieser kritischen Zeit startete der Wirtschaftsberater, der offensichtlich über gute Beziehungen zum Landesausgleichsamt des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums verfügte, sein zweites Experiment mit gebündelten Flüchtlingsdarlehen. Er gründete in Siegen-Eiserfeld auf dem Gelände der früheren Firma Reckling-Hoffmann die Stahlrohr-Maschinenbau Dr. Otterbach-Kattner & Co. KG, kurz Staroma genannt.



Arzt und Fabrikgründer Rodehüser  
Geschäftsräume durch die Kripo versiegelt

Otterbach hatte zunächst nur vier Lastenausgleichs-Anwärter gefunden, die bereit waren mitzumachen. Da er aber wegen der erforderlichen Kreditsumme noch einen fünften Kredit-Kandidaten brauchte, überredete er einen ehemaligen Berufsmusiker, der inzwischen Buchhalter geworden war, sich zum Kriegssachgeschädigten stempeln zu lassen. Otterbach avisierte ihn dem Landesausgleichsamt als ehemaligen Musiklehrer, der seine Musikschule durch Kriegseinwirkung eingebüßt habe. Auf diese Angaben hin bewilligten die zuständigen Referenten dem musikalischen Buchhalter ein 15 000-Mark-Darlehen mit der Auflage, es in Otterbachs neue Kommanditgesellschaft einzubringen.

Bei der neugegründeten „Staroma“ (in die 215 000 Mark Lastenausgleichsgelder flossen) übernahm Otterbach ebenfalls wieder den Posten des ersten Geschäftsführers mit 1500 Mark Monatsgehalt. Nun hatte er außer seinem Wirtschaftsberaterbüro zwei Firmen, die für Wechselreitereien gesattelt werden konnten. Die Siegener Staroma stellte die Wechsel aus, und Schlachtermeister Schück von der Firma Schück & Co. in Bergkamen schrieb quer\*. Diese Wechsel wurden dann nichtsahnenden Lieferanten statt Bargeld prä-

\* Wer für eine Verpflichtung einen Wechsel hingibt, hat den Vorteil, daß er die bezogene Ware nicht sofort bezahlen muß. Er kann sie bis zum Verfall des Wechsels verkaufen. Durch „Querschreiben“ (Akzept) verpflichtet sich der „Bezogene“ (Wechselhauptschuldner), termingemäß Zahlung zu leisten. Als Wechselreiterei bezeichnet man Akzepttausch aus Gefälligkeit oder in Betrugsabsicht.



**Einäugige Spiegelreflexkameras von Weltruf!**  
**Ein Meisterstück deutscher Präzisionsarbeit**  
**beide Modelle synchronisiert**



**PRAKTINA • PRAKTICA**

**KAMERA-WERKE NIEDERSEDLITZ  
DRESDEN A 17**

Werkvertretung für Westdeutschland: **O. Hedler, Berlin-Charlottenburg 4, Dahlmannstraße 23**

sentiert. Als ein solcher Wechsel einmal in Bergkamen vorgelegt wurde, mußte Schück ihn wegen Zahlungsunfähigkeit zu Protest gehen lassen. Ende Januar 1955 vagabundierten noch 50 solcher Otterbach- und Schück-Wechsel in der Bundesrepublik. Schück & Co. sind inzwischen Telephon, Licht, Gas und Wasser gesperrt worden. Die Firma hat die Produktion eingestellt, nachdem das ganze Lastenausgleichsgeld verwirtschaftet worden ist. Außerdem bangen noch zahlreiche private Gläubiger um etwa 250 000 Mark.

Staatsanwalt und Kriminalpolizei bemühen sich, herauszubekommen, wie hoch die Summen waren, die Otterbach in die Taschen von zwei Referenten des Landesausgleichsamts transferierte. Sagt der Leiter des Landesausgleichsamts in Düsseldorf, Ministerialrat Schmitt-Degenhardt: „Die beiden wurden entlassen, weil sie verdächtigt werden, von Antragstellern Geschenke und Geld für die Bearbeitung von Anträgen entgegengenommen zu haben.“ Die Kripo weiß außerdem, daß Otterbach auch Angestellte einer Dortmunder Behörde dotierte. („Dorthin gingen größere Summen.“) Einer von Otterbachs Freunden aus dem Landesausgleichsamts sitzt noch im Untersuchungsgefängnis Düsseldorf auf der Ulmerhöhe. An seiner Bürotür stand längere Zeit unter dem Türschild „Hintz“ der schamhafte Vermerk „In Urlaub“.

## BUNDESLÄNDER

### BADEN-WÜRTTEMBERG

#### Wir lügen nicht so arg

Wir können nicht behaupten, daß rein sachliche Leistungen für die Anstellung leitender Beamten des Rundfunks maßgebend seien.“ So sprach Josef Eberle, Mitglied des Ausschusses für Politik und Zeitgeschehen beim Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart; es war eine interne Sitzung, und es ging um den Chefredakteur des Senders, Dr. Fritz Malburg, und um den stellvertretenden Chefredakteur, Oswald Hirschfeld. Malburg ist CDU-Exponent, Hirschfeld Sozialdemokrat.

Wochenlang hatten der CDU-Landesgeschäftsführer von Baden-Württemberg, Dr. Albert Höhnle, und der CDU-Pressechef, Heinz-Ulrich Carl, Material gesammelt, um ihre These zu beweisen:

- ▷ Das CDU-Mitglied Malburg weise als Chefredakteur eine „labile, zur Bequemlichkeit und zur Linie des geringsten Widerstandes neigende Haltung“ auf.
- ▷ Das SPD-Mitglied Hirschfeld, der stellvertretende Chefredakteur, sei dagegen „ehrgeizig und ungemein fleißig“ und habe alle Macht an sich gerissen.

Und deswegen, so schlossen die christlich-demokratischen Funktionäre Höhnle und Carl, strahle der Süddeutsche Rundfunk ein Programm mit sozialdemokratischer Tendenz in den Äther. Der CDU-Pressechef verbreitete über seinen „labilen“ und „bequemen“ Parteifreund, Chefredakteur Malburg, hektographiert unfreundliche Dinge:

„Die Zugehörigkeit des Chefredakteurs Dr. Malburg zur CDU ist in der Öffentlichkeit ebenfalls in Zweifel gezogen worden. Die Klärung dieser Angelegenheit ist nicht dadurch erfolgt, daß sich Herr Dr. Malburg Mitte November in Koblenz ein CDU-Parteibuch, rückwirkend bis 1946, ausstellen ließ.“

Dazu CDU-Carl: „Dr. Malburg wurde uns vom Bundesgeschäftsführer Dr. Bruno Heck empfohlen. Wir hatten damals keinen qua-

# Gute Laune

## kann man kaufen



Nehmen Sie NIVEA-Rasiercreme, deren glycerinhaltiger, vollsahniger Schaum die Rasur selbst bei starkem Bart leicht macht. NIVEA-Rasiercreme duftet so köstlich nach edlen Hölzern und gibt Ihnen das wohlthuende Gefühl, gepflegt zu sein.

Die große Tube kostet nur DM 1.35



... DARAUF EINEN *Dujardin*

